

2247/AB-BR/2006

Eingelangt am 25.10.2006**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Verkehr, Innovation und Technologie

Anfragebeantwortung

GZ. BMVIT-11.500/0017-I/PR3/2006 DVR:0000175

An den
Präsidenten des Bundesrates
Gottfried KNEIFELParlament
1017 W i e n

Wien, 24. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die schriftliche Anfrage Nr. 2443/J-BR/2006 betreffend Autobahnanschluss Johannes-Kepler-Universität, Nichtberücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung und der Bedürfnisse einer hochwertigen Bildungseinrichtung, die die Bundesräte Schimböck und GenossInnen am 28. August 2006 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Fragen 1 bis 7:

Wurden Sie von Staatssekretär Kukacka über die Problematik einer verstärkten Verkehrsbelastung der Wohnbevölkerung im Bereich der Altenberger Straße, die sich aus der von der ASFINAG ins Auge gefassten Variante ergibt, informiert?

Wenn ja, welche weiteren Schritte wurden Ihrerseits unternommen?

Mit welchem genauen Zeithorizont wurden die Umsetzungsschritte zur Realisierung der Autobahnabfahrt bei der Johannes-Kepler-Universität geplant?

Wann wurden Sie erstmals von Staatssekretär Kukacka über mögliche Termine des Baubeginns informiert?

Wie ist es möglich, dass trotz der vorliegenden Planungen „plötzlich“ die Umsetzung der Süd-Variante „aus verkehrstechnischer Sicht“ nicht empfohlen wird?

Wie erklärt sich diese verkehrstechnische Sicht im Detail?

Zu welcher Zeitverzögerung führt die plötzliche „Meinungsänderung“ bei der Umsetzung des Projektes?

Halten Sie es für eine grundsätzliche Aufgabe der ASFINAG, bei der Bereitstellung von Verkehrswegen den berechtigten Wünschen der Wohnbevölkerung sowie den dringenden Bedürfnissen einer hochwertigen Bildungseinrichtung mit tausenden Mitarbeitern und Studenten, die darüber hinaus eine wichtige Grundlagenarbeit für die österreichische Wirtschaft leistet, mit der gebotenen Dringlichkeit voll Rechnung zu tragen?

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Unter Berücksichtigung aller bekannten Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen wurde einvernehmlich zwischen den Vertretern der Stadt Linz, des Landes Oberösterreich, des BMVIT und der ASFINAG am 1.9.2006 die Variante Nord der Anschlussstelle Auhof zur weiteren Bearbeitung beschlossen. In einer ersten Bauetappe soll der Baubeginn für den Halbanschluss Auhof im Frühjahr 2009 erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen